

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14674 u. 21298.
Postfach-Ronto Dresden 2490 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 85 Pf.
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restzeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldenverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 67

Dresden, Sonnabend, 19. März

1932

Verordnung über den Osterburgfrieden.

Berlin, 19. März.
Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17. März ist im Reichsgesetzblatt vom 18. März veröffentlicht worden. Sie verbietet für die Zeit vom 20. März bis zum 3. April 1932 mittags 12 Uhr öffentliche politische Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugzetteln sowie politische Zusammenkünfte unter freiem Himmel, die nach Ablauf der Verbotsfrist stattfinden sollen, bis zum 1. April ab öffentlich angehängt werden. Wer den Verbotsfrist zuwiderhandelt, wird, soweit nicht eine höhere Strafe in Betracht kommt, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und eventuell außerdem auch mit Geldstrafe bestraft.
Die Verordnung ergänzt ferner die Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 23. März 1931. So wird bestimmt, daß Plakate und Flugblätter politischen Inhalts mindestens 24 Stunden vor ihrer Verbreitung der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen sind. Verstöße gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 18. März.
Der Reichswahlprüfungsamt hat heute vormittag das vorläufige endgültige Ergebnis der Reichspräsidentenwahl festgestellt. Insgesamt wurden 37 658 036 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten:

Zuflucht	2 358 939	6,8 %
Hindenburg	18 654 890	49,6 %
Hugler	11 241 360	30,1 %
Thälmann	4 982 939	13,2 %
Winter	111 486	0,3 %
Reststimmen	8 622 Stimmen	

Auf Grund dieser Angaben hat der Reichswahlprüfungsamt festgestellt, daß unwirksam keine der Annahmestimmen mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat und daß Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl nicht bestehen.

Reichsgarantie für die Reedereien. Zusammenlegung der Hapag und Lloyd 10:3

Berlin, 19. März.
Wie wir erfahren, hat das Reichsamt für Wirtschaftsverwaltung Angelegenheiten die zwischen den beteiligten Reedereien getroffenen Vereinbarungen genehmigt, die zwischen den beteiligten Reedereien, der Hapag und Lloyd, eine Kreditgarantie im Betrage von 77 Millionen; davon werden sieben Millionen den Reedereien, der Hapag und Lloyd, der übrige Betrag wird für das Jahr 1932 den Reedereien zur Verfügung gestellt unter der Voraussetzung, daß die alten Kreditgeber und die Geschäftsführung der Reedereien gewisse Unterlagen schaffen, von denen die Übernahme der tatsächlichen Garantie abhängig gemacht wird. Die alten Kreditgeber haben sich schon bereit erklärt, ihre Guthaben bis zum 28. Februar 1932 zu einem niedrigeren Zinssatz setzen zu lassen. Die Vorstände von Hapag und Lloyd sind übereingekommen, ihren Gesellschaften eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von 10:3 vorzuschlagen, so daß es sich bei jeder Gesellschaft auf 48 Millionen M. beläuft.

Tagung der amerikanischen Handelskammer in Deutschland.

Berlin, 18. März.
Die amerikanische Handelskammer in Deutschland hielt heute ihre diesjährige Tagung ab, an der führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des Handels und der Industrie teilnahmen. Die Begrüßungsansprache hielt der erste Stellvertreter der Hapag-Industrie- und Handelskammer, Handelsgerichtsrat Broenen. Der Redner ging u. a. auf die Weltwirtschaftskrise ein und erklärte, daß Europa sich zu gemeinsamem Handeln drängen müsse, wenn die Probleme der Depression gelöst werden sollten. Den Hauptschlüssel zur Vereinigung der Kräfte hätten jedoch die Vereinigten Staaten von Amerika in der Hand. Ebenso wie im Vorjahre durch Präsident Hoover werde, so habe

Präsidentialsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Berlin, 18. März.
Unter dem Vorsitz Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach beschloß gestern das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit den wirtschaftspolitischen Erfordernissen, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben.
Das Präsidium vertritt den Standpunkt, daß es in erster Linie darauf ankomme, die Vertrauenskrise zu beseitigen, die jede Unternehmungskraft lähme. Es müsse von der Regierung gefordert werden, daß sie alles daran setze, die Hemmnisse zu beseitigen, die einer freien Entwicklung der Privatinitiative im Wege stehen. Es müßten unbedingt die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können, da andernfalls die private Initiative nicht gedeihen könne. Im Rahmen der Wiederherstellung freier Entwicklungsmöglichkeiten müsse vor allem auch auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermögliche.

Auf dem Gebiete der Finanzpolitik sei es notwendig, endlich zu einer einheitlichen Finanzordnung, insbesondere auch für die Kommunen, zu gelangen. Ebenso wichtig sei die Umgestaltung der Gemeinden, sowie eine durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge mit dem Ziel einer Vereinheitlichung und Ausgabenerparnis.

Das Präsidium beschloß ferner mit der Devisenpolitik, der Handelspolitik und der Frage des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Alle wirtschaftlichen, mit Währungsfragen verbundenen Arbeitsbeschaffungsprogramme seien abzulehnen. Für eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung komme allein der organisch gewachsene, aber bisher zurückgehaltene Bedarf in Frage, wenn dafür, wie auch der Reichswirtschaftsminister

zu hoffen, auch jetzt wiederum die Initiative von den Vereinigten Staaten ergriffen werden.

Auch der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Berlin, W. B. Wolf, ging in seiner Ansprache von den gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsverhältnissen aus. Keine Nation könne sich von den anderen isolieren. Wenn es möglich wäre, so müßte für die Dauer eines Jahres auf dem Gebiete der Politik ein Koratorium erklärt werden, während dieser Zeit müßten die Wirtschaftsführer der ganzen Welt zusammenkommen, um die Welt mit größerer Weisheit zum normalen Wirtschaftsverhältnis zurückzuführen. Leider jedoch, so tief der Redner aus, sei das nicht möglich. — Die Welt brauche einen dauerhaften Frieden. Wohl habe der bewaffnete Konflikt zwischen den Nationen 1918 aufgehört, aber seit dieser Zeit habe ein Wirtschaftskrieg zwischen den Nationen getobt, der in seiner Wildheit grausamer und den Fortschritten abträglicher gewesen ist als der Weltkrieg selbst. Alle Länder richteten Zollmauern auf, die den Zweck hätten, den internationalen Güterausgleich zu beeinträchtigen. Damit jedoch würden zugleich die freundschaftlichen Beziehungen und das gegenseitige Vertrauen zerstört. Der Redner ging dann auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen ein und erklärte, daß die Geschichte dieser Beziehungen mit einer einzigen „schmerzlichen Ausnahme“ immer als glücklich bezeichnet werden müßten. Jetzt sei es von Bedeutung, daß die Handelsbeziehungen zwischen diesen beiden Ländern sich intensivieren.

Als dritter Redner hielt Bankier Dr. h. a. Robert Pferdmeier, Köln, einen Vortrag über „Die Not der deutschen Wirtschaft in der Weltkrise“. Das bedauerliche Endergebnis des vergangenen Jahres, so führte er u. a. aus, sei die schärfste Entfesselung des Kampfes aller gegen alle. In diesem Kampfe aber sei Deutschland Stellung eindeutig festgelegt: Deutschland müsse seine Währung aufrechterhalten, um seine in Gold festgelegten Auslandspflichten nicht gemäßigt zu steigern, und um an der innigen Beschäftigung Deutschlands mit der Weltwirtschaft festzuhalten. Allerdings, so erklärte Pferdmeier, müßten sich auch Deutschlands

Wirtschaft in dem Bericht des Zentralausschusses betont habe, einwandfreie und brauchbare Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten.

Das Präsidium drückte seine Verwunderung darüber aus, daß England sich über gewisse, die Einfuhr englischer Waren hemmende Maßnahmen beschwert hätte, nachdem es selbst besonders durch seine Zollpolitik die Einfuhr einer großen Anzahl deutscher Exportartikel zu 100 Prozent verhindert und damit die deutsche Wirtschaft fast gänzlich zerstört habe. Das Präsidium stellte fest, daß durch die englischen Schutzzölle die Grundlage des deutsch-englischen Handelsvertrages einseitig zugunsten Deutschlands verschoben worden sei und daß die neuen englischen Zölle gegen die Bestimmungen des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag verstoßen, die vorsehen, daß jeder der beiden vertragschließenden Staaten bei der Abänderung seines Zolltarifs und bei der Festsetzung künftiger Zölle auf die Interessen des anderen Partners gebührende Rücksicht zu nehmen habe. Der Reichsverband der deutschen Industrie erwarte, daß die Reichsregierung diesen grundsätzlichen Bestimmungen des Handelsvertrages baldmöglichst zum Erfolge verheile.

Aber die mit dem Donaukonföderationsplan zusammenhängenden wirtschaftlichen und politischen Fragen berichtete Staatssekretär Dr. v. Simson. In Übereinstimmung mit der vor wenigen Tagen abgegebenen Erklärung der Reichsregierung stellte sich das Präsidium auf den Standpunkt, daß eine Hilfe für Österreich, zu der Deutschland grundsätzlich bereit sei, nicht erfolgen müsse, daß aber die Notlage in Österreich und den übrigen Donauländern ihren Ursprung in einer Missernte habe und deshalb eine Lösung, die die Hauptabgabländer dieser Staaten, insbesondere also Deutschland, ausschließlich, als unmöglich angesehen werden müsse.

Wichtig ist endlich entscheiden, ob ihnen unsere Zahlungen oder eine Reduzierung unserer Konkurrenz auf dem Weltmarkt lieber sei.

Die Hebammen sollen billiger werden.

Berlin, 18. März.

Die Verhandlungen des Reichsausschusses für Preisüberwachung mit den wichtigsten Organisationen der Hebammen haben zu folgender Vereinbarung geführt: Die Hebammen werden die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung weitestgehend berücksichtigen; beabsichtigt eine Hebamme, ausnahmsweise die Höchstpreise der amtlichen Gebühreordnung zu überschreiten, so hat sie vor Aufnahme ihrer Tätigkeit die anderweitige Festsetzung der Gebühren ausdrücklich zu vereinbaren.

Von generellen Maßnahmen zur Senkung der einzelnen Gebühren hat der Reichsausschuss mit Rücksicht auf die großen Verschwendungheiten der öffentlichen Verhältnisse Abstand genommen. Er hat jedoch die Länderregierungen um Präzisierung gebeten, ob und in welchem Umfang eine Senkung der Höhe der Gebührenordnungen für Hebammen notwendig ist. Die Länderregierungen sind ermächtigt worden, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Die Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Genf, 18. März.

Mit der Sitzung eines technischen Unterausschusses der Budgetkommission, die heute nachmittag stattfand, ist der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz heute abend zu Ende gegangen. Der größte Teil der Delegierten hat Genf bereits verlassen. Die deutsche Delegation fährt am Sonnabend nach Berlin zurück. Vorkonferenz Radolny reist auf direktem Wege nach Ankara.

In einer Besprechung der bisherigen Ergebnisse der Abrüstungskonferenz schreibt „Echo de Paris“: Frankreich werde früher oder später vor der Wahl stehen, entweder sich durch eine beträchtliche Herabsetzung der Stärke seines Heeres das Verbot der sogenannten Angriffswaffe und die mehr oder weniger strikte Befolgung eines neuen Militärstatuts für Deutschland, das jedoch im besten Falle nicht das von Versailles sein werde, zu erkaufen, oder auf die Stärke des

französischen Heeres den Hauptwert zu legen und dann zuzulassen, daß das militärische Deutschland sich entwickle und daß die Abrüstungskonferenz und der Völkerbund auf den Abgrund zufließen. Die unglückselige Abrüstungskonferenz sei das Lösegeld für all die französischen Illusionen der letzten sechs Jahre. Ihr Bankrott werde Europa erschauern, aber ihr Erfolg könnte nur zum Schaden Frankreichs erkauf werden.

Die Betreuung der arbeitslosen Jugend.

Die von der Reichsregierung für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Herbst 1931 eingeleiteten Maßnahmen zur Betreuung der arbeitslosen Jugend haben eine günstige Entwicklung gezeigt. In allen Teilen des Reichs haben die Arbeitsämter gemeinsam mit anderen behördlichen Stellen und Organisationen Lehrgänge eingerichtet, in denen die jugendlichen Arbeitslosen Gelegenheit haben, ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten während der Zeit unrentierlicher Arbeitslosigkeit auf der Höhe zu halten und zu erweitern. Vom 1. Oktober 1931 bis Mitte Februar 1932 sind etwa 230 000 Jugendliche bis zum 23. Lebensjahr erfasst worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich diese große Schaar arbeits- und lernwilliger Jugendlicher fast ganz aus freiwilligen Teilnehmern zusammensetzt. Der Arbeitseifer und die Disziplin der jungen Arbeitslosen liegen — von geringen Ausnahmen abgesehen — nirgends so weit voran, wie im Winter 1930/31. Die günstigen Erfolge sind in erster Linie dem Umlauf zuzuschreiben, daß nach Möglichkeit überall Lehrgänge mit praktischen Arbeitsgelegenheiten in Werkstätten, leerstehenden Fabrikräumen, Lehrstätten und Übungskontoren geschaffen wurden. Diese Bemühungen fanden vielfach auch Unterstützung durch Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die öffentlichen Berufs- und Fachschulen und kirchliche und soziale Vereine. Während noch vor einem Jahr die weitausmögliche Beschäftigung der Arbeitslosen erst in wenigen Städten vorbildlich entwickelt war, bestehen heute bereits an zahlreichen Orten solche praktischen Arbeits- und Schulungsmöglichkeiten. Entsprechend der beruflichen Zusammenfassung der Arbeitslosen stehen jahrelangig zwei die Jugendlichen aus dem Metallgewerbe, dem Baugewerbe, der Holzindustrie, der Textilindustrie und dem Handwerksberufe an der Spitze, doch sind daneben in diesem Winter auch unerfahrene Jugendliche und weibliche Arbeiter aus der Hauswirtschaft in starkem Maße erfasst worden. Die Dauer der Lehrgänge beträgt im Durchschnitt acht bis zehn Wochen; dabei wird versucht, durch eine möglichst hohe Wochenstundenzahl eine weitgehende Inanspruchnahme der beschäftigungslosen Zeit zu erzielen. Die Arbeitsämter lassen nicht nur unterrichtliche Jugendkurse zu den Lehrgängen zu. Jugendliche Arbeiter unter 21 Jahren, die nur deshalb keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, weil ihr Lebensunterhalt durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist, sind ohne weiteres zur Teilnahme zugelassen; außerdem sind in den Lehrgängen bis zu 40 Prozent sonstige nicht unterrichtliche Jugendliche gezählt worden, deren Teilnahme durch Sondermittel des Reichsarbeitsministeriums ermöglicht wird. Es sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den beschriebenen Maßnahmen nur um berufliche Bildungsmaßnahmen handelt, nicht um den freiwilligen Arbeitsdienst oder um kulturelle und allgemeinschulende Veranstaltungen der öffentlichen Jugendpflege. Für die nächste Zukunft schweben Erwägungen, arbeitslosen Lehrlingen, die infolge Stilllegung des Betriebs ihre Ausbildung nicht vollenden können, Möglichkeiten zur weiteren Ausbildung zu geben.

Umbildung der polnischen Regierung?

Warschau, 19. März.

Der „Kattauer Kurier“ meldet, daß eine Umbildung der polnischen Regierung unmittelbar bevorsteht, die sich auf drei bis fünf Ministerposten erstrecken soll. Ferner soll der Posten eines Vizeministerpräsidenten für Wirtschaftfragen geschaffen werden.

Schwindende Friedensausichten in Schanghai.

Schanghai, 18. März.

Die Friedensverhandlungen haben eine Besserung erfahren. Die innere Lage Japans nimmt hier jetzt den Mittelpunkt des Interesses ein, da die Gerüchte, dort fände ein Staats-